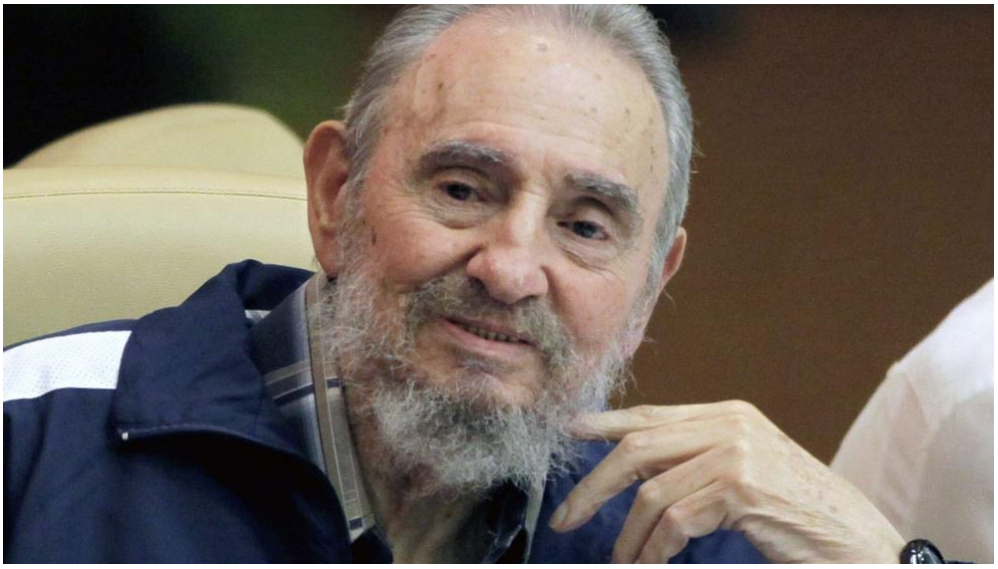


Der Kampf um eine zweite Befreiung Lateinamerikas

Von Alexander Charlamenko

(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, Moskau, 26.11.2025, vgl.
https://prometej.info/borba-za-vtoroe-osvobozhdenie-latinskoj-ameriki/)

Gestern, am 25. November, feierten wir zusammen mit Kubanern und Freunden auf der ganzen Welt den Tag des Gedenkens an Fidel Castro. Neun Jahre sind seit seinem Tod vergangen, aber weder die Zeit noch seine Feinde können dem hellen Bild des Ewigen Comandante der Kubanischen Revolution etwas anhaben. Wir verneigen uns in der Erinnerung vor dem größten Lateinamerikaner unserer Epoche und zollen ihm unsere Liebe und Anerkennung, indem wir uns an der weltweiten Bewegung der Solidarität mit seiner Revolution, seiner Partei und seinem Volk beteiligen.



Am 5. November jährte sich zum 20. Mal der Sieg der patriotischen und antiimperialistischen Kräfte Lateinamerikas in ihrem zehnjährigen Kampf gegen das Washingtoner Projekt ALCA – „Freihandelszone der Amerikas". Dieses Projekt wurde 1994 auf dem Ersten Amerika-Gipfel in Miami angekündigt. Die Staatschefs von 34 Ländern der westlichen Hemisphäre (mit Ausnahme Kubas) einigten sich darauf, ALCA spätestens 2005 in Kraft zu setzen. Innerhalb von elf Jahren sollten alle Länder ihre Außenhandelszölle und Subventionen für ihre Waren abschaffen und Beschränkungen für ausländische Investitionen aufheben. Damit sicherten sich die USA einen riesigen Absatzmarkt, reichhaltige Rohstoff- und Energiequellen, während die Länder Lateinamerikas die Möglichkeit verloren, ihre Industrie und natürlichen Ressourcen zu schützen. Das Projekt berücksichtigte weder die sozialen noch die ökologischen Folgen seiner Umsetzung.



Vor der Gefahr einer Rekolonialisierung Lateinamerikas hatte Fidel Castro als erster gewarnt. In seiner Rede vor brasilianischen Studenten im Jahr 1999 sagte er: „Mit der sogenannten ALCA wollen die Vereinigten Staaten ganz Lateinamerika und die Karibik auf einen Schlag schlucken." Es war Fidel, der kubanische Nichtregierungsorganisationen beauftragte, ein Treffen der sozialen Bewegungen des Kontinents zum Kampf gegen ALCA zu initiieren. Seit 2001 fanden solche Foren jährlich in Havanna statt. Sie trugen dazu bei, ein breites Spektrum von Organisationen und Bewegungen unter einem gemeinsamen Ziel zu vereinen. Diese mächtige gesellschaftspolitische Bewegung wurde zu einem der Hauptfaktoren des „Linksrucks". Bereits der dritte Amerika-Gipfel 2001 fand in einer Atmosphäre massiver Proteste statt. Damals sprach sich jedoch von allen Staatschefs nur Hugo Chávez gegen ALCA aus.



Im Vorfeld des vierten Gipfeltreffen im November 2005 hatte sich die Atmosphäre grundlegend verändert. Der argentinische Ferienort Mar del Plata, wo der Gipfel stattfand, wurde zum Schauplatz riesiger Demonstrationen unter den Slogans „Nein zu Bush“ und „Nein zu ALCA“. Parallel zum Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs fand der „Dritte Gipfel der Völker” statt, an dem Zehntausende Aktivisten von Gewerkschaften, Bauern-, Indigenen- und anderen sozialen Bewegungen aus der gesamten Region teilnahmen. Die große Delegation Kubas wurde vom Vorsitzenden der Nationalversammlung der Volksmacht, Ricardo Alarcón, angeführt. Hugo Chávez sprach den wichtigsten Satz aus: „Die Stunde der zweiten Befreiung Lateinamerikas hat geschlagen.“ Nach ihm traten Evo Morales und Diego Maradona auf. Das Stadion, in dem das Treffen endete, war mit einem riesigen Porträt von Ernesto Che Guevara geschmückt. Hugo Chávez überreichte allen Teilnehmern des Präsidentengipfels Kopien der Dokumente des Volksgipfels. Die wichtigste Forderung war, ALCA abzulehnen und damit die vollständige Aufgabe der nationalen Souveränität zu verhindern. In dieser aufgeheizten Atmosphäre erklärten die Staatschefs von Venezuela, Brasilien, Argentinien, Uruguay und vielen karibischen Ländern, dass die Voraussetzungen für ein Inkrafttreten des Abkommens nicht gegeben seien. Die Niederlage von ALCA war der Beginn einer raschen Entwicklung zwischenstaatlicher Organisationen lateinamerikanischer Länder ohne Schirmherrschaft der USA: ALBA, MERCOSUR, UNASUR, CELAC. Der damals begonnene Kampf dauert bis heute an.

Eine direkte Fortsetzung von ALCA ist das Programm der ultrarechten Maria Corina Machado aus Venezuela, die zu einer Intervention gegen ihr Heimatland aufruft.

Sie verspricht, die Wirtschaft vollständig für ausländisches Kapital zu öffnen, Erdölvorkommen und Petrochemie, Gold, Bauxit, Eisenerz und Stahlindustrie, fruchtbares Land und Telekommunikation zu privatisieren und Steuern für große Vermögen abzuschaffen. Für all dies rechnet Señora Corina Machado mit Krediten internationaler Banken in Höhe von bis zu 70 Milliarden Dollar.



Die „New York Times“ räumt ein, dass Trump „zutiefst auf die Erdölvorkommen Venezuelas fixiert“ sei. Zwischen Caracas und Washington fanden Verhandlungen über wirtschaftliche Zusammenarbeit statt, doch laut „New York Times“ blieben diese „wegen Chavismus“ ergebnislos. Die Bolivarische Republik steht für Zusammenarbeit mit Partnern, die ihre Souveränität respektieren, wie China, Russland und Iran, zur Verfügung. Die herrschenden Kreise der USA wollen jedoch die vollständige Kontrolle über die Bodenschätze Venezuelas, was mit dessen Souveränität und der Volksherrschaft unvereinbar ist.



In der Karibik ist die Schlagkraft von US-Marine und US-Luftwaffe konzentriert. Vor kurzem wurde dort der neueste Flugzeugträger („Gerald Ford“) stationiert. Vor der Küste Venezuelas stellen die USA die größte Truppenkonzentration seit dem Golfkrieg 1990-91 bereit – mehr als 15.000 Soldaten, ohne das Personal der Stützpunkte in Puerto Rico, Panama und anderen Nachbarländern zu berücksichtigen. Am 4. November berichtete die New York Times, dass Trump mehrere Optionen für eine Invasion in Venezuela auf dem Tisch habe. Dazu gehören Luftangriffe auf militärische Einrichtungen, die Eroberung von Militärflugplätzen, Erdölfeldern und Infrastruktureinrichtungen durch Spezialeinheiten. Es wurde ein Plan zur Gefangennahme oder Ermordung von Präsident Maduro ausgearbeitet, für Informationen über ihn ist eine Belohnung von 50 Millionen Dollar ausgesetzt.



Am 24. November trat die Entscheidung der US-Regierung in Kraft, das sogenannte „Cartel del Sol“ als „internationale terroristische Organisation“ einzustufen, deren Existenz in Venezuela zwar nicht bewiesen ist, die Washington jedoch als Vorwand für eine Intervention dienen könnte.

Am 20. November erklärte Trump in einem Interview mit dem konservativen Sender Fox News, dass er in naher Zukunft mit Maduro sprechen wolle, aber noch nicht sagen könne, worüber genau.

Am 24. November „warnte“ die US-Luftfahrtbehörde die Fluggesellschaften, vor Flügen zum wichtigsten venezolanischen Flughafen Maiquetía bis zum 19. Februar 2026 Abstand zu nehmen.

Am 21. November gaben mehrere Parlamentarier und Politiker europäischer Länder eine Erklärung ab. Sie riefen die progressiven Kräfte Europas dazu auf, sich auf die Seite des venezolanischen Volkes zu stellen, und forderten die USA auf, ihre Drohungen und die militärische Eskalation zu beenden.



Kürzlich gab Nicolás Maduro dem französischen Journalisten Ignacio Ramonet ein Interview. Der Präsident betonte: „Wir sind bereit, den Dialog zu führen und für den Frieden einzutreten. Aber wir sind auch auf jede Überraschung vorbereitet.“ Auf die Frage, ob die rechte Opposition eine Gefahr darstelle, bezeichnete Maduro sie als zerschlagen und auf dem Weg zum direkten Verrat am Vaterland. So hatten rechten Extremisten einen Anschlag auf die US-Botschaft in Caracas geplant, um den Vorwand für eine Invasion zu schaffen. Die Verschwörung wurde von den Staatssicherheitsbehörden aufgedeckt; die venezolanische Regierung informierte die US-Behörden darüber rechtzeitig. Drei mit der CIA in Verbindung stehende Söldner, die einen provokativen Angriff auf Trinidad und Tobago vorbereitet hatten, einen Inselstaat, der an gemeinsamen Manövern mit den USA teilnimmt, wurden festgenommen.

Auf die Frage nach den Gründen für die zunehmende Aggressivität der Feinde antwortete Maduro, dass die Trump-Regierung mit ihren Drohungen gegen Venezuela ein Signal an alle Staaten Lateinamerikas senden und einen abschreckenden Einfluss auf die BRICS-Staaten ausüben wolle. „Die Neoimperialisten aus Washington wollen ihre ausschließliche militärisch-politische Vorherrschaft über den Kontinent wiederherstellen, um die Kontrolle über die großen strategischen Ressourcen der Region zurückzugewinnen: Erdöl, Gas, Kupfer, Lithium, Seltene Erden und Süßwasser. Aber das werden sie nicht erreichen.“ Die Aggressoren unterschätzten die Produktions- und Verteidigungsfähigkeiten Venezuelas. Derzeit produziert das Land 97 % seiner benötigten Lebensmittel und 80 % seiner Medikamente selbst. Vor

Luftangriffen schützen es russische Luftabwehrsysteme, die im Rahmen von Manövern getestet wurden.



Am 11. November verkündete Verteidigungsminister Vladimir Padrino den Beginn neuer Militärübungen, an denen fast 200.000 Soldaten, Volksmilizen (milicianos) und Sicherheitskräfte teilnehmen. Im Rahmen der Übungen werden verschiedene Formen des bewaffneten und unbewaffneten Kampfes trainiert, darunter die Sicherung von Erdölförderanlagen, Kraftwerken und Stromleitungen. Geübt werde auch der Schutz grundlegender öffentlicher Dienste: Strom- und Wasserversorgung, medizinische Versorgung und Lebensmittelverteilung. An der Spitze der nationalen Verteidigung stehen 260.000 bolivarische Komitees, die lokale staatliche und öffentliche Einrichtungen vereinen.

Durch die Verteidigung der Souveränität des Vaterlandes und der bolivarischen Revolution verteidigt das venezolanische Volk sein Recht, selbst eine bessere Zukunft aufzubauen. Den Lehren von Hugo Chávez folgend, ist es in Basisorganen der Volksmacht organisiert –



Kommunen, die an der Ausarbeitung von Plänen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung ihrer Regionen beteiligt sind. Das System der Kommunen wird von der revolutionären Regierung, die sich dem Prinzip „für das Volk und durch das Volk" verschrieben hat, voll unterstützt. Präsident Maduro nimmt regelmäßig an den Versammlungen der Kommunen teil und beteiligt sich an der Diskussion der von ihnen vorgelegten Pläne.

Am 23. November stimmten die venezolanischen Wähler zum neunten Mal in diesem Jahr bei der IV. Nationalen Volkskonsultation ab. Diese Form der Bürgerbeteiligung an der Verwaltung öffentlicher Angelegenheiten ist in Artikel 70 der Verfassung verankert. Die Konsultationen finden vierteljährlich statt, wahlberechtigt sind Personen ab 15 Jahren. Jeder Konsultation gehen „Kommunale Zirkel“ voraus, die gemeinsam Projekte zur sozioökonomischen Entwicklung ihrer Kommunen vorlegen. Bis zum 23. November hatten 5.336 Kommunale Zirkel 36.574 Projekte vorgelegt. Nach den Ergebnissen der IV. Konsultation wurden 10.662 Projekte ausgewählt, die je nach Anzahl der erhaltenen Stimmen aus dem Staats-, Landes- oder Gemeindehaushalt finanziert werden. Die Durchführung der IV. Konsultation wurde von der Nationalversammlung genehmigt. Wie einer der Parlamentarier erklärte, beweise die Bevölkerung damit ihr Engagement für den friedlichen Aufbau und protestiere gegen Aggression.

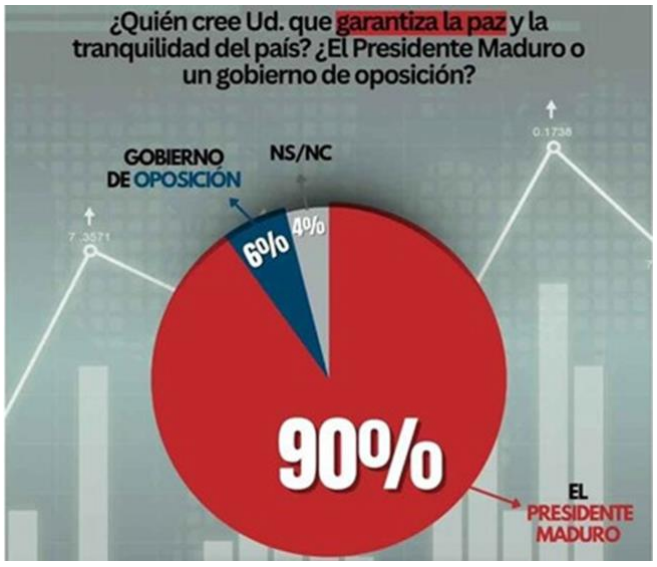


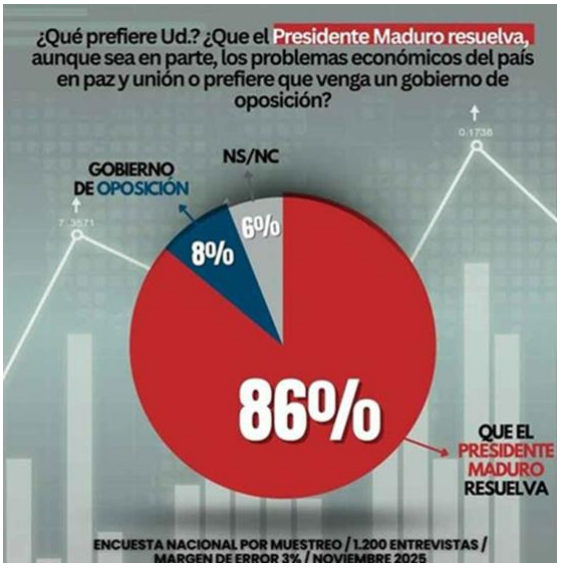
In Venezuela festigen sich die Positionen der organisierten Arbeiterklasse, aus deren Reihen auch der Präsident selbst stammt. Seit dem 23. Oktober finden Arbeiterversammlungen statt, um den Nationalen Gründungskongress der Arbeiterklasse vorzubereiten. Am 20. November sprach Nicolás Maduro vor den Delegierten der Arbeiter. Der Präsident betonte, dass die Arbeiterklasse dazu berufen sei, „eine noch größere Rolle in der Wirtschaft, Kultur, im öffentlichen Leben, in der Politik, bei Straßenprotesten und in der öffentlichen Meinung zu spielen“. Er sprach über die Bedeutung von Arbeiterinitiativen für den Aufschwung der Wirtschaft. Es ging auch um die Beteiligung der Arbeitnehmer am Schutz des Landes in den Reihen der bolivarischen Miliz und der Arbeiterbrigaden sowie um die Gewährleistung der Sicherheit von Unternehmen und Transportmitteln.

Von großer Bedeutung ist auch die Organisation der Jugend. Am 21. November, dem Venezolanischen Studententag, beendeten die Kongresse der Föderation der Universitätsstudenten und der Föderation der Mittelschulen ihre Arbeit. Durch die Straßen von

Caracas zog eine Demonstration mit mehreren Tausend Teilnehmern. Bei einem Treffen mit Jugenddelegierten kündigte N. Maduro die Einrichtung einer Nationalen Studentenverwaltung mit Vertretung im Ministerrat an, in der Vorschläge der Jugend geprüft werden sollen. Der Präsident rief die Jugendlichen dazu auf, sich nicht manipulieren zu lassen. Er beauftragte die „Studentenbrigaden des Friedens", über soziale Netzwerke die Wahrheit im ganzen Land und in der ganzen Welt zu verbreiten und Kontakte zur Studentenbewegung in den USA aufzunehmen, um gemeinsam „Nein zum Krieg" zu sagen. Nicolás Maduro stellt zu Recht fest, dass die 16 Wochen der Belagerung das venezolanische Volk wie nie zuvor zusammengeschweißt haben. In einer Umfrage vom 19. November beantworteten 90 % die Frage „Wen halten Sie für einen Garanten für Frieden und Ruhe?" mit „Präsident Nicolás Maduro" und nur 6 % mit „die Oppositionsregierung". Auf die Frage, wem man die Lösung der wirtschaftlichen Probleme anvertrauen würde, bevorzugten 86 % den Präsidenten und 8 % die Opposition.







Am 23. November, dem Geburtstag von Nicolás Maduro, schickten ihm Staatschefs zahlreicher Länder Glückwunschbotschaften. Herzliche Glückwünsche kamen von den Staatschefs der Russischen Föderation, der Volksrepublik China, Weißrusslands und Nicaraguas. Der Erste Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und Präsident Kubas, Miguel Díaz-Canel, brachte seine Überzeugung zum Ausdruck, dass das venezolanische Volk über die Aggression siegen werde, und versicherte Nicolás Maduro, dass er sich im Kampf für die Entwicklung beider Länder, für regionale Integration und Frieden stets auf Kuba verlassen könne.



An diesem bedeutsamen Tag bekundeten auch unsere Organisationen ihre Solidarität mit dem kämpfenden Volk Venezuelas. In einer Erklärung an die Botschaft der Bolivarischen Republik gratulierten wir Präsident Maduro von ganzem Herzen zu seinem Geburtstag und wünschten ihm gute Gesundheit und den Sieg in seinem gerechten Kampf.

Venceremos!